

Piotr Pysz
Hochschule für Finanzen
und Management Bialystok
Private Hochschule für Wirtschaft
und Technik Vechta/Diepholz

ZUKUNFT EUROPAS

Zunächst stellt sich die Frage, warum es um die Zukunft unseres in der Europäischen Union (EU) vereinten Kontinents zurzeit eher schlecht aussieht? Zur Erinnerung ; noch vor weniger als einer Dekade wurde das europäische Einigungswerk von vielen bewundert und als Vorbild für den Rest der Welt angesehen. Was ist der Grund für diesen dramatischen Meinungsumschwung zum Schlechteren sowohl in Europa als auch weltweit?

Auf Suche nach Antwort kann hier von niedrigen Wachstumsraten der Euro-Zone, Überverschuldung einzelner Länder und allgemein wachsenden Einkommens- und Vermögensunterschieden abgesehen werden. In dieser Hinsicht stehen denn andere hochentwickelte westliche Länder nicht viel besser, wenn nicht schlechter als die Europäische Union, da, beispielsweise Japan oder teilweise auch die Vereinigten Staaten. Der sprichwörtliche Hund scheint jedoch nicht in den makroökonomischen Fundamentals begraben. Es geht um etwas anderes. Ich denke an das unwürdige, höchst egoistische und kleinkarrierte Gezerre bei Durchsetzung der nationalen bzw. sogar regionalen Interessen einzelner EU-Mitglieder ohne jegliche Rücksicht auf die Interessen und Zusammenhalt der Union als Ganzes. Der europäische Gemeinschaftsgeist geht dadurch immer mehr verloren. Den bisherigen Höhepunkt bildet aktuell der Widerstand belgischer Provinz Wallonien und Brüssel gegen den CETA Vertrag der EU mit Kanada. Dieser intereuropäische Machtkampf veranlasste die kanadische Handelsministerin zur rhetorischen Frage, ob die EU in ihrer gegenwärtigen Verfassung noch fähig ist, ein internationales Abkommen abzuschließen. Nicht viel vernünftiger lief es bei der gegen jegliche ökonomische Argumentation abgelaufenen Brexit - Abstimmung in Großbritannien. Der renommierte polnische Nationalökonom, Grzegorz Kołodko, sah sich aus diesem Grunde **gezwungen**, seinen diesem Thema gewidmeten Zeitungsartikel mit „Festival der Dummheit“ zu betiteln. Weitere einprägsame Beispiele des engstirnigen nationalen Egoismus liefern seit einigen Jahren mehrere politische Handlungen der Regierungen Kaczyński in Polen und Orbán in Ungarn.

Der chinesische Denker Konfuzius stellte vor zweiundhalbttausend Jahren fest: „*Wenn das Denken zerfällt, zerfallen die Ordnungen*“. Dieser Schlüsselatz trifft leider den Kern der derzeitigen Misere der EU. Es fehlt offensichtlich das „Denken in Ordnungen“ im Sinne von Max Weber und Walter **Eucken**. Es fehlt

der politische Durchsetzungswille und die dazu unentbehrliche Stärke der europäischen Machtorgane um eine konsequente Ordnungspolitik wirksam durchzusetzen. So wie seinerzeit der Ordoliberaler Wilhelm Röpke, aufgerufen hat, den Kapitalismus vor Kapitalisten zu schützen so müsste zurzeit durch Ordnungspolitik die EU vor ihren einzelnen Mitgliedern geschützt werden. Die Ordnungspolitik kann allerdings nicht nur rein pragmatisch vom Fall zu Fall und punktuell betrieben werden. Sie braucht eine generelle Idee an der sie sich orientieren kann. John Maynard Keynes sah dies folgendermaßen:” *Die Vorstellungen von Ökonomen und politischen Denkern – ob falsch oder richtig – üben größeren Einfluss als man glaubt. Die Welt wird mit nicht viel mehr regiert.*”

Es ist allerdings nicht so, dass das Europa über keine attraktive generelle Idee zurzeit verfügt und auf das weitere hoffnungslos sich durchzuwursteln verdammt ist. Diese gibt es. Es ist die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, die in Westdeutschland unter Ludwig Erhard in der Nachkriegszeit mit großem Erfolg in die praktische Wirtschaftspolitik umgesetzt wurde. Als Gegenentwurf für das neoliberale Modell der *Chicago School of Economics* fand sie einige Dekaden später Eingang in die Verfassungen mehrerer EU-Länder und 2007 in den als Grundgesetz für Europa gedachten und erhofften Traktat von Lissabon.

Vorausgesetzt den in allen Angelegenheiten des gesellschaftlichen Lebens unentbehrlichen “Prinzip Hoffnung“ kann hier auf die Chancen hingewiesen werden, die sich aus einer konsequenten Durchsetzung der Politik Sozialer Marktwirtschaft für die tief verunsicherten und teilweise auch destabilisierten europäischen Wirtschaftsgesellschaften ergeben. Sie können in den nachfolgenden Punkten kurz zusammengefasst werden:

- 1) Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft zielt auf die Einschränkung bzw. sogar Eliminierung der privaten Macht auf den Märkten durch Gewährleistung und Stabilisierung einer lautereren Konkurrenz und von der Politik gesetzte stabile ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die universellen Charakter haben;
- 2) Die Beseitigung der Machtverhältnisse auf den Märkten in Verbindung mit Respektierung und konsequenter Durchsetzung des Prinzips der materiellen Verantwortung für die Ergebnisse des Wirtschaftens, schafft günstige Voraussetzungen für das gleichzeitige Bestehen sowohl der „Freiheit von“ als auch der „Freiheit für“. Insgesamt bedeutet dies eine nachhaltige Absicherung der Freiheit und Verantwortung wirtschaftender Subjekte;
- 3) Freiheit und Konkurrenz bilden die möglichst günstigsten Voraussetzungen für den in der Gesellschaft breit gestreuten materiellen Wohlstand. Gemäß Erhard soll das der „*Wohlstand für Alle*“ sein. Der Zustand einer gewissen Sättigung der materiellen Bedürfnisse fast aller

Gesellschaftsschichten erweist sich erfahrungsgemäß als wirksamer Stabilisator sozialen Friedens;

- 4) Nach der Erfüllung der in den Punkten (1 bis 3) aufgeführten Bedingungen ist zu erwarten, dass die für den Neoliberalismus Einengung des Freiheitsbegriffs auf die materielle Dimension der „Freiheit von“ überwunden werden kann. Die drei Bestandteile der Triade der französischen Revolution. Freiheit, Gleichheit und Solidarität können wieder, zumindest in Annäherung, in einen Gleichgewichtszustand versetzt werden;
- 5) Die so in Grundzügen interpretierte Politik der Sozialen Marktwirtschaft könnte also dem vereinten Europa in Form der Triade der französischen Revolution seine ursprüngliche Identität und Zusammenhalt zurückgeben. Die Grundsatzfrage bleibt aber, ob es in Europa einen genug starken politischen Willen und im Sinne von solchen Denkern wie Thomas Hobbes und Niccollo Machiavelli auch genug politische Stärke und Durchsetzungsfähigkeit gibt, um solchen anspruchsvollen Politikansatz wirksam durchzusetzen?